

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

9.7.1923 (No. 154)



# Badischer Beobachter

In Karlsruhe durch Träger Nr. 17500, (b. d. Abholstelle Karlsruhe Nr. 16500) auswärts (Deutschland) durch die Post Nr. 17500. — Ausland durch Post oder Luftpost. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt M. 800.—

Anzeigenpreis: 1 Spalte, 1 mm hoch, 400.— M. im Monat (1000.— M. im Quartal) sind im Voraus zu bezahlen. Die Wiederholungen nach Vereinbarung, der bei unregelmäßiger Verteilung und bei Kontoren nachteilig.

Verlegerin: Geschäftsstelle 635.

Verlegerin und Herausgeberin: **„Badenia“** (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsdruck der „Badenia“ All-Ge. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Telefon: 200. Postfachkonto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint **Wochens** einmal täglich. — **Zeitung:** „Blätter für den Familien- und Jugendunterricht“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen: Annahme: vormittags 12 Uhr.

Hauptredaktion: **H. Th. Meyer**, Verantwortlich für badische, rheinische und süddeutsche Politik: **H. Th. Meyer**; für das Reich: **H. Th. Meyer**; für den Reichstagsdienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: **H. Th. Meyer**; für die Anzeigen: **H. Th. Meyer**, familiäre in Karlsruhe.

Verlagspreis: Medaillon 572.

## Vom Tage.

Der Reichstag ist am Samstag in die Sommerferien gegangen.

Der Zweifel, den man in Paris einer englischen Platterhebung über ein angebliches deutsches Angebot entgegensetzt, ist durchaus begründet. Wie der Telegraphenunion von zuständiger Stelle versichert wird, kann von einem derartigen Angebot keine Rede sein.

Auf der Reichsbahn ist für August mit einer weiteren erheblichen Erhöhung zu rechnen, die namentlich den Personenverkehr treffen soll; über das Ausmaß der Erhöhungen steht noch nichts fest. Das Mai-Defizit der Reichspost betrug 92,226 Milliarden Mark.

Der Reichstag hat eine Verfügung erlassen, um den Kauf von Devisen über den tatsächlichen Bedarf hinaus unmöglich zu machen.

In vorkrieglichen Kreisen besteht, laut Presse-meldungen, die Auffassung, daß die Zustimmung, die der Schritt des Papstes in der ganzen Welt gefunden habe, zeige, daß die Zeit für eine Neuordnung der politischen Methoden der Nachkriegszeit gekommen sei.

Die Ratifikationsurkunden des Österreichisch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 28. April sind ausgetauscht worden. Er wird am 15. Juli in Kraft treten.

Die Stimmung auf der Orientkonferenz in Lausanne ist wieder zersplittert geworden und es soll nun wirklich der Orientfrieden in diesen Tagen unter Dach und Fach gebracht werden, indem die noch schwebenden drei Fragen soweit gelöst sind, daß dem Friedensschluß keine Hindernisse mehr im Weg stehen.

## Bolschewisierung der deutschen Finanzwirtschaft.

Von Dr. Adolf Flügler.

II.

Will man wirklich und ernstlich eine weitere Verschlechterung der Mark verhindern, so muß als erste Maßnahme die Einstellung des Notendruckes geordnet werden. Auch Österreich hat mit der Einstellung der Notendrucker begonnen und beginnen müssen, als es an die Sanierung seiner Währung in seiner Finanzwirtschaft ging. Zwei Dinge sind allerdings erforderlich, wenn der Notendruck eingestellt werden soll. Der Umfang, den das Reich seine Ausgaben mit von ihm selbst gedruckten Banknoten befreit, muß aufhören. Die Einnahmen durch eine gesunde Finanzwirtschaft sind nicht durch eine rasende Druckpresse zu ersetzen, sondern durch laufende Steuern, denn aber müssen die Ausgaben auf ein Mindestmaß reduziert werden durch die denkbar größte Sparanfänger des Reichshaushalts. Es wäre sehr viel über die Veranlagungsmethode und über unsere Steuererhebung zu sagen, doch kann das vielleicht einem anderen Artikel vorbehalten bleiben. Nur das eine sei bemerkt, eine Steuererhebung und Steuererleichterung sind unmöglich, die nur ein Fortwachsen bedeuten und die einfach nicht mehr bewältigt werden können. Der Zusammenbruch des Veranlagungsverfahrens, den wir jetzt erleben, hat seine Ursache natürlich in einer absolut unüberwindlichen Steuererhebung.

Wie dringend notwendig es ist, daß das Reich mit der Notendruckeinstellung wirtschaftlich aufhört, beweisen folgende Zahlen:

In der ersten Juniwoche betragen die Einnahmen des Reiches 2366 Milliarden Mark. Die Ausgaben dagegen stellten sich auf rund 1,8 Billionen Mark. Die schwebende Schuld des Reiches ist vom 31. Mai bis 10. Juni von 12,1 auf 14,5 Billionen Mark gestiegen. Durch die ordentlichen Einnahmen konnten nur in der Juniwoche 1/4 der Gesamtansgaben gedeckt werden. Interessant ist noch die Tatsache, daß am 31. Dezember 1922 die schwebende Schuld des Reiches erst 1,8 Billionen betragen hat. Innerhalb 6 Monaten hat sich die schwebende Schuld um das Neunfache vermehrt! Angesichts derartiger furchtbaren Zahlen hat es wirklich keinen Zweck, immer nach der Ursache des Übels, der an der Entwertung der Mark Schuld sein soll, zu schreiben. Grundursache ist einzig und allein die über alles Maß unbesorgte Finanzwirtschaft des Reiches. Alle an deren Momente sind Wirkungen und selbst als Ursachen gedacht von so untergeordneter Bedeutung gegenüber den oben erwähnten Tatsachen, daß sie nur kleine Rollen spielen in der Bewertung unseres Geldes.

Bei der Verfahrenheit aller Verhältnisse gehört allerdings großer Mut dazu, nun tatsächlich einzuwirken und dem ungeheuerlichen Zustand ein Ende zu machen. Die erste Voraussetzung ist eine ordentliche Steuererhebung, die allerdings nicht zur Aufhebung der Substanz unseres Wirtschaftslebens führen darf. Diese Folge wird aber bei einer ordentlichen Steuererhebung auch nicht eintreten, wenn anders die Ausgaben des Staates auf das unbedingt notwendigste Maß beschränkt werden. In den alten Verfassungen der Finanzwissenschaft ist als unterscheidendes Merkmal zwischen dem Haushalt des Staates und dem privaten Haushalt folgendes angeführt: Im letzteren bestimmen die Einnahmen die

Ausgaben, während im Staatshaushalt die Ausgaben die Einnahmen bestimmen. In dieser abstrakten Form ist das selbstverständlich ein geradezu irreführender Grundsatz, nach dem allerdings unsere Staatswirtschaft handelt. Wenn der Staat die nötigen Einnahmen, die sich in bestimmten Grenzen halten müssen, aus der Volkswirtschaft nicht mehr ziehen kann, dann ist in der Wirtschaft des Staates etwas faul und die verantwortlichen Männer müssen nach dem Rechten sehen, wie das jeder Staatsvater tun muß. Wenn der Staat ein Beamtenheer von Millionen von Menschen, die zum großen Teil mit absolut unproduktiven Aufgaben beschäftigt sind, nicht mehr bezahlen kann, dann muß er dieses Beamtenheer vermindern, denn dazu ist der Staat schließlich nicht da, um möglichst vielen Leuten ein mühseliges und verhältnismäßig sehr bescheidenes und gesichertes Dasein zu verschaffen. Nicht umsonst herrscht gerade in Arbeiterkreisen die stärkste Erbitterung über die Beamtenpolitik, die der Staat treibt. Wir können uns im verarmten Deutschland den Luxus nicht leisten, für unproduktive Arbeit Hunderttausende und Aberhunderttausende zu beschäftigen, bloß damit eine Bekämpfung gegeben ist.

In dem bereits oben erwähnten Artikel im Badischen Beobachter ist leider eine Tatsache nicht enthalten, die für die Sanierung des österreichischen Staates von der größten Bedeutung war. 50 Prozent der österreichischen Staatsbeamten wurden glatt entlassen, wobei ihre erworbenen Rechte mit einer festen Summe abgefunden wurden. Allerdings freiwillig hat das Österreich auch nicht getan. Es mußte es tun auf das Diktat der Entente hin. Wird Deutschland freiwillig sein Beamtenheer auf das unbedingt notwendige Maß zurückführen, und wird es die Aufgaben des Staates freiwillig auf ein Maß beschränken, das der Verarmung Deutschlands entspricht? Man wird wohl niemand einen Besessenen schelten können, der eine derartige freiwillige Leistung beweielt. Und der Grund? Wenn wir wahr sein wollen, und angesichts der furchtbaren Lage Deutschlands müssen wir wahr sein, dann müssen wir uns auch geteilen, der Grund liegt in der Tatsache, daß keine Partei den Mut hat, hier ein offenes Wort zu reden aus Furcht, daß ihr eine große Stimmenzahl der Wähler verloren geht.

Der Weg ist klar vorgezeichnet, wenn auch auf dem Wege viele Dornen stehen, die beseitigt werden müssen. Eine gesunde Finanzwirtschaft bedingt durch eine entsprechende Steuererhebung und größte Ersparnis des Staates bieten allein vielleicht noch die Möglichkeit, die Bolschewisierung des deutschen Geldes zu verhindern. Vielleicht noch — wenn es nicht bereits zu spät ist.

## Vorstellungen Frankreichs und Belgiens in Berlin.

Berlin, 7. Juli. Nach Abschluß der Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und Pacelli hat gestern der belgische Gesandte und der französische Vorkonferenzen im Auswärtigen Amt den Vorfall auf der Rheinbrücke bei Duisburg zur Sprache gebracht. Beide haben dargelegt, daß die deutsche Regierung sich dabei durch ihre Verordnungen für den passiven Widerstand verantwortlich gemacht habe. Aus diesen Gründen müsse die belgische und französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke unterjuche und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis für die Beteiligung von Deutschen an dem Attentat hat der belgische Gesandte mitgeteilt, daß auf der Rheinbrücke Bruchstücke einer Bombe vorgefunden worden seien.

Der Reichsminister des Innern v. Rosenbergh hat den belgischen Vertretern u. a. geantwortet, der Vorfall bei Duisburg sei der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern ist, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hatten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Die Angabe, daß man am Ort der Tat Trümmer einer Bombe gefunden habe, könne nicht genügen, um die deutsche Regierung von einer verbrecherischen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. In diesem Zusammenhang müsse daran erinnert werden, daß sich nach französischen Meldungen in letzter Zeit wiederholt Fälle ereignet hätten, wonach französische Soldaten von ihren eigenen Kameraden erschossen worden seien. Die deutsche Regierung habe in mehreren Fällen gefordert, den deutschen Behörden zu einer Untersuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dem sei niemals entsprochen worden. Es sei eine Umdeutung der Begriffe, wenn sich jetzt Frankreich und Belgien für berechtigt hielten, Deutschland für die Folgen des maßlosen Terror der Besatzungstruppen verantwortlich zu machen. Die deutsche Regierung unterlasse nichts, um die gepeinigten Bevölkerung zum besonnenen Verhalten auf der Linie des passiven Widerstandes zu bewegen. Auch der mehrmalige

Vorschlag zur Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission sei stets ohne Antwort geblieben.

## Vorstellungen des Vatikans in Paris und Brüssel.

Rom, 6. Juli. Auf die Nachricht von den strengeren Maßnahmen der französischen und der belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eigenbahnungsglücks vom 30. Juni wies die Kurie die Nuntiatoren in Paris und Brüssel telegraphisch an, bei der französischen und der belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen. Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßnahmen ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

## Poincare über den Papstbrief.

In der Kammerdebate am 6. d. M. erklärte der französische Ministerpräsident Poincare noch, der Papstbrief enthalte eine ähnliche Politik, wie sie gewisse Verbündete Frankreichs betreiben. Aber die Politik dieser Art würden mehr kränken, wenn sie von päpstlichen Stühlen heräus, als wie von einem Verbündeten. Die Politik der französischen Könige habe stets darin bestanden, dem Papst die Erde Gottes zu überlassen, um zu verhindern, sich außerhalb derselben zu bewegen. Die Republik des 20. Jahrhunderts lasse diese Seite unserer Geschichte nicht zurück, doch würde es unverständlich sein, wollte man unsere Geländekarte am Rauten auflösen. Frankreich wird sich von keinen Einflüssen auf dem Weg bezirren lassen, den es sich vorgezeichnet hat. Seine Macht kann sich nicht mindern, daß die Anwendung des Versailles Vertrags peinlichst befolgt. Frankreich, das mehr wie hundert Milliarden vorgeschossen hat, muß noch einige Zeit gewisse große internationale Finanzkomitees warten lassen.

Schließlich erklärte der französische Ministerpräsident, — und wiederholte damit eine schon oft abgegebene Erklärung —: Wir sind an die Ruhr gegangen, weil Deutschland seine Verpflichtungen nicht hielt. Es leidet Widerstand und vergießt das Blut unserer und der belgischen Soldaten. Wäre es zunächst auf seinen verbrecherischen Widerstand bezüchelt, und wenn es dann seine Verpflichtungen einhält, werden wir die Ruhr je nach dem Deutschland seine Verpflichtungen hält, allmählich räumen.

Nach Poincare ergriff General Castellano das Wort und erklärte, daß der Appell des Papstes für Deutschland bestimmt gemeint sei. Der sozialistische Führer Blum bemängelte den Papstbrief zur sozialistischen Kritik an der Ruhrbesetzung. Poincare hielt ihm entgegen: Ich habe die bestimmte Versicherung gegeben, daß man, ohne die Rechte Frankreichs herzugeben, nicht anders handeln kann. Ich weiß weiter, daß jeder andere Franzose auf meinem Platz genau so verfahren hätte. Die Ausführungen Blums wurden von der Linken lebhaft beifällig.

Ag. Marc Sanguier verteidigte den Papst gegen diese Angriffe, indem er darauf hinwies, daß das Papstschreiben nur ein religiöses, kein politisches Schriftstück sei und daß der Papst die Ruhrbesetzung mit Recht als eine prinzipielle Angelegenheit bezeichnete, aber trotzdem nicht die Räumung des Gebietes verlangte.

Auch Ag. Kavier Manallon verteidigte die Papstintervention. Bei einer darauf folgenden Abstimmung wurde die Regierung des Vertrauens entsprechende Tagesordnung mit 388 gegen 190 Stimmen angenommen.

## Englands und Amerikas Vorkonferenzen bei Poincare.

Paris, 6. Juli. Ministerpräsident Poincare hat heute vormittag den englischen und den amerikanischen Vorkonferenzen empfangen.

## Dr. Wirth in Rom.

Berlin, 8. Juli. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth reist in Rom, wo er vom Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen wurde. Die Zeit bemerkt dazu, es könne als aussagekräftig gelten, daß die Reichsregierung Dr. Wirth zu ihrem Beauftragten für eine wichtige Frühlingnahme mit der Kurie wählt. Dr. Wirth habe sich offenbar als katholischer Abgeordneter und als führende Persönlichkeit der Zentrumspartei mit dem Leiter der päpstlichen Außenpolitik getroffen.

## Die englisch-franz. Spannung.

Paris, 7. Juli. In der Mehrzahl der heutigen Pariser Morgenblätter kommt eine ziemlich lebhaft hervorgehobene Frage zum Ausdruck über die Frage, wie England sich auf die mündliche Erwiderung auf sein Fragegedenken verhalten wird. Einen ziemlich starken Eindruck machte hier die Mitteilung von dem Besuch des italienischen Vorkonferenzen im englischen Außenamt. Man glaubt verstehen zu können, daß Italien der englischen Politik völlig beitrifft und das Petit Journal stellt fest, daß man in Londoner Kreisen über das französische Selbstvertrauen sehr erstaunt sei. Der Londoner Berichterstatter des Petit Parisien erklärt, daß in London gestern abend lebhaft Enttäuschung vorgeherrschet habe. In englischen politischen Kreisen sei man nach wie vor der Ansicht, daß die englische Regierung auf keine schriftliche Erwiderung Anspruch erheben könne. Zu Beginn der nächsten Woche werde für die Entente die entscheidende Stunde schlagen; allerdings setzt man noch gewisse Hoffnungen auf Amerika und der Versuch des Herrn

Serrin, der mit Poincare Rücksprache gehalten hat, verleihe dieser Hoffnung gewisse Berechtigung. Der Matin begnügt sich damit im Großen und Ganzen die Erklärung des diplomatischen Mitarbeiters des Daily Telegraph wiederzugeben. In diesem englischen Blatt heißt es, die Hauptwirkung des von St. Molire gestern unterzeichneten Schrittes bestehe darin, daß die Unmöglichkeit, den französischen und englischen Standpunkt in Einklang zu bringen, sich klarer als je erwiesen habe, sowohl im Hinblick auf die demnachst an Deutschland zu überliefernde Kollektivantwort, wie das von England gewünscht werde, als auch hinsichtlich der fortschreitenden Räumung und des künftigen Wirtschaftssystems des Ruhrgebietes, die produktiven Länder mit einbeziehen. Tatsächlich scheinen die Franzosen zu verstehen, daß das deutsche Memorandum beantwortet werden muß. Was im Augenblick an interessierten scheint, ist eine formelle und bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Die Franzosen wollen sich nicht davon Rechenschaft geben, daß den Zusammenbruch die innere Zerrüttung, welche trotz der Bürgerkrieg wahrhaftig in Deutschland zur Folge haben werde, wenn die annehmbarste Situation sich noch irgendwie in die Länge zieht.

## Englisch-amerikanische Abereinkünfte.

London, 7. Juli. Bei einem Festessen sagte Churchill, daß die Engländer und Sympathiser der Engländer und Amerikaner immer mehr übereinstimmen über die schwierigen Probleme Europas seit dem Kriegsende.

## Ausarbeitung einer englischen Antwort an Deutschland.

London, 7. Juli. In unterrichteten Kreisen wird berichtet, man glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß die englische Regierung gegenwärtig Vorschläge ausarbeite, die als Antwort an Deutschland gedacht sind, falls eine Einigung mit Frankreich nicht erzielt werden könne. Poincare möchte Baldwin gerne sprechen, doch wünsche er nicht, daß Curzon hierbei zugegen sein soll. (1) Eine Zusammenkunft ist aber für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich. — Über die gestrigen Besprechungen des französischen Vorkonferenzen mit dem englischen Außenminister Lord Curzon wird Stillschweigen beobachtet.

## Frankreich rüftet statt Schulden zu zahlen.

London, 7. Juli. Bei der Beratung der finanziellen Vorlage im englischen Unterhaus sagte das Parlamentsmitglied Pech Harris in einer Rede, wenn Frankreich in der Lage sei, große Summen für Reparationen auszugeben, wäre es besser, Steuern zu erheben und einen ernstlichen Versuch zu machen, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen, oder seine Schulden zu zahlen. Durch seine unüberlegte Politik verursache Frankreich Verwirrung im Handel, Arbeitslosigkeit, Unruhen und wirtschaftliche Depressionen in ganz Europa. Es sei zu hoffen, daß der Premierminister bei seinen Verhandlungen eine energischeren Stellung einnehmen werde. Wenn er dies tue, so habe er die gesamte Nation hinter sich.

## Die Wahrheit über unsere Reparationsleistungen.

Berlin, 7. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wies gestern Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium irreführende Äußerungen des früheren Präsidenten der Reparationskommission, Dubois, zurück. Dubois hatte behauptet, daß Deutschland insgesamt nur 5444 Millionen Goldmark geleistet habe. Demgegenüber stellte Staatssekretär Dr. Schröder fest, daß die Reparationskommission im ganzen gutgeschrieben hat 7 927 426 578 Goldmark. Die Reparationskommission hat sich aber nach ihrem eigenen Geständnis noch nicht annähernd mit allen deutschen Leistungen und Lieferungen, die auf Reparationskonto angerechnet sind, beschäftigt und es ist daher über die deutschen Gutdichtungsleistungen noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die von Deutschland beanspruchten Gutdichten belaufen sich auf rund 20 Milliarden Mark. Dabei ist bei der Berechnung nicht der viel höhere volkswirtschaftliche Wert der Leistungen, sondern die Bruttowerte des Verfallenen Vertrags zu Grunde gelegt worden. Weiter kommen zu diesen 20 Milliarden noch 11,7 Milliarden zu unmittelbarer Gutdichtungsleistungen aus dem Wert des liquidierten deutschen Eigentums im Auslande und schließlich noch 3,7 Milliarden aus dem Reichs- und Staatseigentum in den abgetrennten Gebieten, aus dem Ausgleichsverfahren und aus Erlös und Rücklieferungen. Der Haushaltsausschuß genehmigte schließlich den Nachtragshaushalt für 1923 mit Ausnahme eines Postens von 450 Milliarden Papiermark für Ausgaben aus Anlaß des Krieges und der Demobilisation. Für diese Ausgabenposten soll erst eine vom Reichsfinanzministerium vorgelegte Denkschrift bis zur nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses geprüft werden.

## Die drohende Hungerblockade des Ruhrgebietes.

Ein Telegramm des Regierungspräsidenten Gröhner an den päpstlichen Delegaten Mgr. Testa enthält in tiefersten Worten und im Namen von 10 Millionen Menschen, insbesondere







über das bisherige Leben. Die Wiedereinstellung der Besatzungen im Ruhrgebiet. Nach dem Befehl in zweiter und dritter Reihe der Reichsarmee durch den Besatzungsbesitz nicht nur durch Helfen, sondern auch durch die Besatzungsarmee. Die Besatzungsarmee hat heute nachmittag den früheren Bürgermeister von Offenbach Dr. Bührer, der von der Sozialdemokratie für den seit dem Wegzug Stodgers nach St. Georgen unbesetzten dritten Bürgermeisterposten vorgeschlagen worden war, mit Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. (Einige badische Blätter hatten schon letzter Tage die vollzogene Wahl Dr. Bührers fälschlicherweise gemeldet.)

Die Besatzungsarmee hat heute nachmittag den früheren Bürgermeister von Offenbach Dr. Bührer, der von der Sozialdemokratie für den seit dem Wegzug Stodgers nach St. Georgen unbesetzten dritten Bürgermeisterposten vorgeschlagen worden war, mit Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. (Einige badische Blätter hatten schon letzter Tage die vollzogene Wahl Dr. Bührers fälschlicherweise gemeldet.)

**Die Schwende Schuld des Reiches.**  
Zunahme von 9 Billionen in zehn Tagen.  
Berlin, 6. Juli. Die schwende Schuld des Reiches an diskontierten Scheckanweisungen hat am 30. Juni die Höhe von rund 23,5 Billionen Reichsmark erreicht. Bei dieser Zahl dürften die Sicherstellungsleistungen und weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Scheckanweisungen und Wechseln unberücksichtigt sein. Gegenüber dem Ausweis vom 20. Juni bedeutet das einen Zuwachs von rund 9 Billionen Reichsmark, die Zunahme seit dem 31. Mai beträgt rund 13 Billionen. In dieser gewaltigen Steigerung drückt sich die außerordentliche Mehrbelastung aus, die die Reichskasse Ende Juni durch die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter und die infolge der Gebührenerhöhung außerordentlich erhöhten sonstigen personellen und sachlichen Ausgaben zu tragen hatte.

**Die Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei.**  
Berlin, 6. Juli. Geiern fand in Berlin eine Sitzung der Landes- und Provinzialvorsitzenden der Handels- und Industriebeiräte der deutschen Zentrumspartei statt. Nach der Wahl des Reichstagsabg. Generaldirektor Dr. Fein zum Vorsitzenden berief man eingehend über die Organisationsfragen, sowie über die in den nächsten Tagen zu erachtenden Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze. Am Nachmittag fand eine Aussprache mit Abgeordneten des Reichstags und des Landtages statt, in welcher der Abgeordnete Fein die Aufgabe des Werben und Wollens der Handels- und Industriebeiräte darlegte und anschließend Abg. Feder, Anstötz ein Referat über die innen- und außenpolitische Lage hielt. Die anregende Aussprache zeigte eine erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten.

**Ausland.**  
**Die Saarfragen vor dem Völkerrundrat.**  
Genf, 7. Juli. Der Völkerrundrat fasste heute nach langen Beratungen eine Entschließung über die Saarfrage, in der er den Charakter der Regierungskommission im Saargebiet als Vertreterin der Völkerrundrats und ihre kollektive Verantwortung feststellte, sowie die Erwartung auf Aufhebung der Ausnahmeherrschaften auf gegebener Zeit ausdrückte. Die Gründe für die Einführung der Fremdenwirtschaft anerkennt und den Ausbau der lokalen Genossenschaften tritt, an die Stelle der fremden Genossenschaften seine Unterstützung bei ihren weiteren Aufgaben zu. Danaburg, Lord Robert Cecil und Branding erklärten in längeren Ausführungen den Sinn der Entschließung.

**Krise im nationalen Block?**  
Paris, 7. Juli. Der Präsident der Action republicaine democratique Arago demissionierte als Präsident des unter Führung der Action nationale republicaine zusammengeschlossenen nationalen Blocks. Ursache sollen Gegensätze interfraktioneller Art sein. Man erblickt in der Demission den ersten Beweis für das Auseinanderfallen des nationalen Blocks. Gegen Arago waren schwere Vorwürfe wegen systematischer Steuerhinterziehung erhoben worden.

**Zusammen des englischen Arbeiterstreiks.**  
London, 7. Juli. Der Generalstreik der englischen Doharbeiter hat in den englischen Häfen an Umfang zugenommen. Im Saargebiet sind 20000, in den anderen Häfen etwa 50000 Arbeiter. In Manchester sind jetzt auch die Hebe- und Arbeiter in den Häfen getreten. Geiern verhaftete die Polizei einen der Streikführer. Die Führer der Gewerkschaften und der Streikleitung verhandeln getrennt in London über die Fortsetzung des Ausstandes. Man hat aus den Verhandlungen bereits größere Mengen Blei für die Wärfte entnommen.

**Politische Hochspannung. — Obersteigen in span. Senat.**  
Madrid, 7. Juli. Die politische Lage ist äußerst kritisch. In der vorgeschriebenen Sitzung kam es zu einem heftigen Zwischenfall zwischen dem Präsidenten des Obersten Gerichtes General Anquillera und dem Chef der Konventionen Gonzalez Sanchez Guerra. Sanchez Guerra ohfegte den General. — Troch erfolgter Ausführung erscheint ein Duell unvermeidlich. Anquillera erhält Sympathieunterstützungen aus ganz Spanien, namentlich vom Heer.

**Die russisch-japanischen Verhandlungen gescheitert.**  
Moskau, 7. Juli. Aus Tokio wird gemeldet: Die für gestern anberaumte Zusammenkunft japanischer und russischer Sadoverhandlung zwecks Verhandlungen des Problems der Insel Sachalin und betreffend der Entschädigungsfrage hat nicht stattgefunden. Es ist daher anzunehmen, daß die Verhandlungen überhaupt gescheitert sind.

**Baden.**  
**Kommunistenverweigerung.**  
Auf dem Kommunistenkongress, der in diesen Tagen in Moskau stattfand, wurden u. a. auch Resolutionen behandelt. Der Kommunist Buchartin bemerkte, als man sich über Himmel und Kirche unterredete: „Was den Himmel betrifft, so kann ich Ihnen sagen, wie es dort aussieht. Ich flog im Aeroplan nach Berlin und kann bestätigen, daß der Himmel leerer Luft ist“. Rabot dagegen meinte: „Der Herrgott ist nichts anderes als die Sublimierte Kraft der Bourgeoisie, darum, wenn wir die Bourgeoisie beseitigen, so wird auch der Herrgott beseitigt“. Leider ist es nicht möglich, mit dem Aeroplan durch die bolschewistischen Köpfe Buchartins und Rabots zu fliegen, sonst würde man sicher die Beobachtung machen, daß es dort dort „leere Luft“ gibt, gleich wie im Bucharinischen Himmel zwischen Moskau und Berlin. Kein Wunder übrigens, wenn die Kommunisten in deutschen Parlamenten gleichen Unfimm über religiöse Fragen schwärmen, da ihre russischen Lehrmeister ihnen nichts anderes zu sagen wissen und der Deutsche in solchen Fragen immer den Affen anderer machen muß. Wie es mit Erziehung und Unterricht im Bolschewisten-

**Ein herzliches Willkommen dem Oberhirten.**

Den Katholiken Karlsruhe widerfährt eine große Ehre! Seine Erzelenz, der hochwürdigste Herr Erzbischof weist diese Woche innerhalb der Mauern der Landeshauptstadt, Sein Besuch ist für die Katholiken immer eine Ehre und eine Freude. Kommt er doch nie mit leeren Händen, sondern als Nachfolger der Apostel mit Händen voll des göttlichen Segens. Denn die Apostel, und ihre Nachfolger haben von Christus den Auftrag erhalten, das Evangelium in allen Zonen zu predigen, kraft göttlicher Vollmacht zu binden und zu lösen und die Gnadensätze, die uns Jesus Christus durch seinen Opfertod erworben hat, zu verwahren und auszuspenden. So kommt auch der hochw. Herr Erzbischof, um vielen Katholiken in Karlsruhe die hl. Firmung zu spenden, um sie für den Kampf gegen die heutige vielfach atheïstische und materialistische Gebarung

zu stärken, um sie durch den Bodenstreich zu kampfieren Gottes zu schlagen, zu streikern, die zwar dieses dulden, um des Namens Jesu willen, die aber auch in offenem, mannhaften Kampf eintreten für die Ideale der katholischen Kirche. In diesem Sinne wollen wir Katholiken beim Empfang unseres Oberhirten, der heute abend um 7 Uhr in der St. Stefankirche stattfindet, nicht fehlen; sondern zeigen, daß wir stolz sind auf unsere katholische Ueberzeugung und sie gerade auch durch die Berechnung und Liebe befehlen, die wir unserem Bischof entgegenbringen. Das Versprechen unserer Teilnahme an diesen Segensstunden Klingt hinein in das ehrfurchtsvolle aber herzliche Willkommen, das Karlsruhe Katholiken ihrem hochberechneten Oberhirten entgegenrufen.

staat aussieht, sagt uns Georges Popoff (Moskau), der, wie wir dem Revolver Boten (Nr. 140 vom 26. Juni) entnehmen, über „das Leben im sozial-russischen Dorf“ folgendes ausführt:  
Künftig verheißene und abgeleitete asiatische Zustände sind im Volke wieder nach gemordet. Es hat sich aber die Sitten der Katarenen noch nicht verlesen. Wenn die Sowjetregierung aber in allgemeinen auch gegen die Sittenverehrung energisch kämpft, so unterläßt sie andererseits diese durch eine überlegte Veränderung der Kirche. Sie hebt namentlich die Vorzüglichkeit an. Die kommunikativen Jugendverbände — russisch „Komsomol“ — haben den wenig strengeren Auftrag erhalten, die Religion zu „diskreditieren“. Sie erklären: „In der Kirche sind immer dieselben sehr langweiligen Vorstellungen, im Kino ist es viel interessanter.“ Die „Komsomol“-Jünger veranstalten regelmäßig zu allen religiösen Feiertagen, die von der Landbevölkerung sehr streng eingehalten und feierlich begangen werden, „Konterprotestionen“. Panisch karikierte Abbildungen von Christus, der Mutter Gottes oder auch von Buddha und Mahomed werden herumgetragen und dazu entsprechende Reden geschwungen. Solcherart wird das herannahende Geschlecht nicht nur durch diese von der Sowjetregierung organisierten atheïstischen Vorstellungen mit ihren Vätern entzweit, sondern auch künstlich und bewußt demoralisiert. Amüsant und bezeichnend für die russischen Zustände ist übrigens die Tatsache, daß viele der bolschewistischen Kommissare, trotz des von ihnen veranlassenen Zehnabobus der Religionsverfolgung, dennoch in aller Stille die Kirche besuchen, sich vor dem Altar trauen lassen, ihre Kinder taufen, fleißig zur Kirche gehen, fasten und überhaupt den orthodoxen Mitas genau einhalten. Vielleicht bitten sie sogar den lieben Gott für ihre kommunistischen Bestrebungen um Verzeihung.

Während die Sowjetregierung mit viel Eifer in die Höhe der bliden und zerlumpten Dorfjugend gewaltam atheïstische Ideen einzuhammern versucht, ist sie nicht in der Lage, für die Elementarbildung der jungen Generation Beachtungswertes zu tun. „Aus Mangel an Gehmitteln“ und anderen „unvorhergesehenen Gründen“, wie Hunger, Dürre usw., werden in vielen Gegenden des Sowjetlandes die Dorfschulen geschlossen. Dort, wo sie noch bestehen, ist die Zahl der Schulkinder vermindert gering. Nichts kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß gerade auf dem Gebiete des Dorfschulwesens ein Rückschritt zu verzeichnen ist, weil der Mangel an Lehrpersonal und Lehrmitteln so groß ist, daß nur in einer äußerst beschränkten Anzahl von Schulen der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

**Chronik.**  
**Baden.**  
V. B. Bruchsal, 5. Juli.  
Die Nebenbahn Bruchsal-Mezingen, welche vor einigen Monaten ihren Sommerbetrieb eingestellt hatte, ist durch den umfangreichen Kirchensiedlungsplan des Saargebietes notwendig, an den Sonntagen im Juli zu verkehren. Dagegen liegt die Nebenbahnlinie Bruchsal-Hilsbach, die durch eine weniger fruchtbarere Gegend zieht, auch weiterhin Sonntags still.

in Baden“, der nun auch in die anderen sozialistischen Blätter Badens wie Volkswille, Volkswacht übergegangen ist. Derselbe beschäftigt sich mit meiner jüngst erschienenen Broschüre „Fünf Jahre Schulpolitik und Schulkampf in Baden 1918—1923“. Dabei findet es R. G. S. „interessant, daß Herr Dr. Führer Entscheidungen von Disziplinärverfahren gegen Lehrer mündlich mitteilen kann. Hierin liegt wenigstens andeutungsweise eine Unterstellung, die ich auf's entschiedenste zurückweisen muß. Die Unterstellung ist umso unbegreiflicher, als in der Broschüre an der betreffenden Stelle die Quelle, woher die Disziplinärentscheidungen entnommen ist, ausdrücklich angegeben ist. Dieser Umstand wirkt ein eigenartiges Licht auf Herrn R. G. S. Daß der Artikler bei dieser Sachlage in dieser Unterstellung kommen konnte, kann ich mir nur so erklären, daß Herr R. G. S. solche Wege, auf denen er andere sucht, nicht ungenutzt sind. Es zeigt aber auch, wie oberflächlich die kritische Artikel des Herrn R. G. S. im Volkswort sind.“

Sodann spricht Herr R. G. S. bei aller sehr anerkannter Würdigung der „Brautbarkeit“ der „historischen Darstellung dieses politischen Teilgebets“ davon, daß die Darstellung „nicht immer ganz genau“ sei. Da mir daran lag, eine „genaue genaue Darstellung“ zu geben und ich gerne bereit bin, bei künftig sich bietender Gelegenheit „ungenauigkeiten“ richtig zu stellen, wäre ich für Angabe der „Ungeauigkeiten“ recht dankbar, und ich bitte Herrn R. G. S. hiermit öffentlich, mir diese „Ungeauigkeiten“ „genau“ zu bezeichnen. Dr. Führer, M. d. B.

**Überbach, 8. Juli.**  
Am Vorabend des Gedentages seiner Priesterweihe ist hier im 58. Lebensjahr Stadtpfarrer Karl Graf gestorben, der langjährige Seelsorger der hiesigen katholischen Gemeinde.

**Freiburg, 8. Juli.**  
Auf der Hölleentalstraße ist bis 15. September der Verkehr mit Automobilen und Motorrädern verboten. Die Sperre beginnt beim Dorfjarten und endet bei Hintergarten. (Ein nachahmenswertes Beispiel.)

**Müllheim, 6. Juli.**  
Ueber eine interessante Beobachtung wird von hier berichtet: Bei der Station Durachalle hatte sich eine Ameise, die zweifelslos auf den durachischen Tannen ihre Heim aufgeschlagen hat, zur Aufgabe gemacht, zuerst den langen rollenden Pfiff des Schaffners der Katalanischen Müllheim-Badenweiler, dann zugleich den kurzen schrillen Pfiff der Lokalbahn selbst ganz exakt nachzusprechen. Die Nachahmung ist von einem derartigen Grade geübt, daß es tatsächlich schon vorkam, daß Leute, die gerade auf die Bahn warteten, irreführt wurden, und um ja den Zug nicht zu verpassen, im Sturmschritte der Station zuweilen. Steht man dort dann einem Augenblick, um sich vor dem Einsteigen von dem Laufschritt zu erholen, so ertönt stolz von der Tanne herunter das Signal zur Abfahrt und ein Wind nach oben zeigt dem Staunenden, daß eine Ameise in kausgender Weise den Schaffner gespielt hat.

**Die neuen Bezüge im Bankgewerbe.**  
Berlin, 6. Juli. Der Deutsche Bankbancantenverein teilt mit, daß es getrennt nach längeren Verhandlungen zwischen dem Reichsstatistik für das Bankgewerbe beteiligten Organisationen zu einer Vereinbarung gekommen ist, der wir folgendes entnehmen: Das vorläufige Juli gehalt wurde in Höhe des doppelten Junibezuges festgesetzt. Auch für die endgültige Regelung des Juni konnte ein Ergebnis erzielt werden. Die Haushalts- und Kinderzulagen wurden verdoppelt.

**Schiedspruch im Aufbruchgewerbe.**  
Berlin, 7. Juli. Das Zentralschiedsgericht der deutschen Aufbruch hat einen Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne für die Woche ab 7. Juli um 50 Prozent und für die darauffolgende Woche um 75 Prozent auf die folgenden Löhne festsetzt. Diese Lohn-erhöhung bedingt in Verbindung mit der weiteren Materialpreiserhöhung eine Erhöhung der gegenwärtigen Verkaufspreise um 70 Prozent vom 7. Juli ab.

**Gemeindepolitik.**

**Wannentraub.** Wie uns mitgeteilt wird, sollen die Franzosen wieder einmal deutsches Papiergeld gestohlen haben. In der Nacht von Freitag auf Samstag wollte der Wägenmeister von Maximiliansau in einem Kahn eine Summe von 20 Milliarden Banknoten, die zur Auszahlung an die Beamten bestimmt waren, an das pfälzische Ufer hinüberbringen, wurde aber dabei von den Franzosen ertappt und soll verhaftet worden sein.

**Passive Resistenz der städt. Arbeiter.** Am letzten Samstag morgen sind die Gemeindeglieder in die passive Resistenz eingetreten, weil die Stadtverwaltung auf ihre Forderung eines Vorzuschusses von 100 000 Mark für sofort nicht eingehen, sondern die Summe erst am Dienstag auszahlen wollte. Angesichts der Tatsache der fortwährenden Geldentwertung gab die Stadtverwaltung nach und zahlte am Samstag den Vorzuschuß aus. Daraufhin nahmen die städt. Betriebe die Arbeit wieder auf.

**Bazar in Anielingen.** Der wohlthätige Bazar im freieren „Städtchen“ in Anielingen wurde gestern mitganz eröffnet. Bald entwickelte sich ein fröhliches Leben mit stetem Verkauf. Die vielen Gäste, namentlich aus Mühlburg, waren erstauut über die fein disponierte Aufmachung und tadellose Ordnung. Bei besserer Weibung hatte man seine helle Freude, wie die Männer, Frauen und Mädchen ihren Posten ausfüllten. Ein gutes Orchester und eine Abteilung des Kirchengesangs Mühlburg bereiteten viel Freude. Heute (Montag) abend beginnt der Bazar um 5 Uhr und schließt dann endgültig um halb 12 Uhr. Für heute abend wird ein Männerchor von Anielingen in die Ehre gehen.

**Historisches Konzert.** Die Harmoniecapelle veranfalet morgen (Dienstag), abend 8 Uhr im Stadtpark eine Wiederholung des historischen Konzerts, das dem Andenken Adolf Woltes gewidmet ist. Näheres ist Anfert.

**Der Hofkaplan Heibelberg-Darmstadt-Frankfurt.** Der wegen der Herrschaft von Königen nennndig geworden ist, ist jetzt erschienen und tritt am Montag in Kraft. Die Rüge werden über Dieblich-Badenhausen-Bonau-Ort oder über Offenbach-Eberodon-Dieburg umgeleitet. In Bonau-Ort haben die Rüge Anstalt nach Hamburg und Berlin. Näheres ist auf den Stationen oder dem Verkehrsamt zu erfahren.

**Schulprüfungen des Menschen Konfessionsrums.** finden statt: Dienstag, den 10. Juli (Anfangsloffen), Mittwoch, den 11. Juli (mittlere Mittelklassen), Donnerstag, den 12. Juli (obere Mittelklassen), Samstag, den 14. Juli (Oberklassen und Sollegien mit Mitwirkung eines feinen Orchesters), jeweils abends 8 Uhr im Saale der Anstalt, Rathaus 70. ferner zwei Konzerte unter Mitwirkung eines weltbesten Orchesters im Saale der Anstalt am Dienstag, den 11. und Mittwoch, den 13. Juli, abends 8 Uhr. Karten in den Musikalienhandlungen und jeweils an der Abendkasse.

**Der Männergesangsverein Konfordia Karlsruhe** erhielt am Sonntag, den 1. Juli, den Besuch der befreundeten Liederkreis Auelia Baden-Baden. Wie der vorjährige Besuch der Konfordia in der prächtigen Badenstadt, so war auch diese Sängerzusammenkunft getragen von dem Geiste der gemeinsamen Ideale und richtiger Sängerkreiswürde. Viele Weisen der Harmoniecapelle und stimmungsvolle Begrüßungslieder begeisterten die feinen Musikanten der Konfordia-Präsidenten Oesler, die von dem Auelia-Präsidenten, Stadtrat Dautle, erwidert wurden. Im langen Zuge, die Musik an der Spitze, ging es vom Bahnhof in den Stadtpark. Jedem Gast wurde ein Ehrenblatt mit goldgedruckter Widmung übergeben, außerdem wurden die Sänger der Auelia nach dem ersten Chor mit Blumen überschüttet, die von den jungen Damen der Konfordia von der Terrasse des Reichsaufgangs geworfen wurden. In einer nachmaligen Begrüßungsansprache wies der Konfordia-Präsident auf die gemeinsamen Ziele der beiden Gesangsvereine hin. Nach dem Konzert vereinigen sich die beiden Gesangsvereine noch zu einem gemüthlichen Beisammensein im Saale S. Schreyer, wo die Freundschaftsbände zwischen den Badenern und den Karlsruher Sängern aufs neue fest geschlossen wurden.

**Eine bestenbemerkte Neuerung** schuf der Konfordia Stadtrat. Um einem vielfach geäußerten Wunsch der Gasabnehmer entgegenzukommen, ist die Möglichkeit geschaffen worden, beliebige Gasmenngen zu einem festen Preis im Voraus zu kaufen, sich also mit Gas für einen längeren Zeitraum einzudecken. Diese Einrichtung kommt offensichtlich einem dringenden Wunsch der Gasverbraucher entgegen. Vielleicht läßt sich auch der Karlsruher Stadtrat die Sache durch den Kopf gehen.

**Das Polzei der badischen Gemeinden.** Da zur Zeit keine Anwesenheit an Zahlungsmitteln mehr besteht, haben der Finanzminister und die Reichsbankdirektion Karlsruhe die Annahme des von den badischen Gemeinden ausgebenen Polzeibes auf die Basis an Ausgabe- und dessen engeren Wirtschaftskreis beschränkt.

**Zu dem Morde in der Durlacherstraße** wird noch mitgeteilt, daß der Täter Fritz Weiber in Besitz eines Passes auf den Namen Richard Wagner mit Lichtbild ist. Beermittelt wurde er von der Beköde Kandel in der Pfalz ausgehelt und Weiber wird diesen Namen führen.

**Unfälle.** Ein lediger Kaufmann von hier fuhr mit einem Fahrrad am Samstag abend Ede Kaiser- und Kapellenstraße gegen ein Privatauto. Er fiel zu Boden und zog sich eine Kopfverletzung zu. — Beim Baden in einem Baggersee einer Heide in Durland ertank ein dort wohnender 11 Jahre alter Volksschüler. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

**Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.**  
Voraufrichtige Witterung bis Dienstag, den 10. Juli, nachts: Noch überwiegend heiter und trocken; sehr warm und lokale Gewitter.  
Wetterhande des Monats am 9. Juli: Schulfertig 220 (gef. 8), Reht 320 (gef. 5), Ragau 485 (unb.), Mannheim 375 (gef. 6).

**Karlsruher Standesbuch-Auszüge.**  
Todesfälle. 5. Juli: Jul. Gntmann, Kaufmann, ledig alt 20 Jahre. — 6. Juli: Heinrich, alt 16 Jahre, Vater Hch. Eichs, Ober-Reg.-Rat; Viktoria Kerber, alt 47 Jahre, Ehefrau des Schuhmachermeisters Josef Kerber. — 7. Juli: Mich. Heibel, Fabrikarbeiter, Gemann, alt 66 Jahre.



